

Kolloquium C 109 Parlamentarische Kontrolle im europäisierten Bundesstaat

Wintersemester 2011/2012

Hörsaal 3

Do 8.00 - 13.15 Uhr
(Blockveranstaltung)

24.11.2011; weitere Termine: 01.12., 08.12.2011, 12.01.2012

Beginn: 24. November 2011

Inhalt

Regierungen und Verwaltungen gelten gemeinhin als die Gewinner der europäischen Integration. Sie gestalten maßgeblich alle Phasen der europäischen Rechtsetzung; je nach Politikfeld beträgt der Anteil des europäischen Rechts an den nationalen Rechtsnormen – mit erheblichen Schwankungen – angeblich bis zu 80 Prozent. Demgegenüber stoßen die Parlamente auf erhebliche Schwierigkeiten, politische Prozesse im mehrstufigen System der EU mitzugestalten und die Exekutiven zu kontrollieren. Insbesondere die Landtage haben als eigentliche Verlierer der Europäisierung offenbar einen erheblichen "Funktionsverlust" erlitten. Der Bundestag sieht sich angesichts der institutionellen Konstruktion der EU ähnlichen Schwierigkeiten gegenüber, wie sie die Landtage bereits im deutschen Exekutivföderalismus erfahren haben: Ähnlich wie im EU-Ministerrat die nationalen Regierungen, entscheiden auch im Bundesrat Vertreter der Landesregierungen.

Jedoch ist seit jüngerer Zeit wieder von einer „Reparlamentarisierung“ der Politik die Rede. Angesichts dieser widersprüchlichen Befunde sollen im Kolloquium folgende Fragen erörtert werden: Welche Beteiligungs- und Kontrollmöglichkeiten haben die Landtage im deutschen Exekutivföderalismus? Nehmen die Parlamente in Bund und Ländern auf europäischer Ebene eigene Interessen wahr oder sind Sie eher "Wächter wider Willen"? Welche praktische Bedeutung hat die vom Bundesverfassungsgericht in seinem Lissabon-Urteil angemahnte Integrationsverantwortung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Rettungspakete der Euro-Staaten, z.B. für Griechenland? Wie ist das jüngst eingeführte Instrument der Subsidiaritätskontrolle zu bewerten? Welche formalen und informellen Möglichkeiten der Einflussnahme stehen Landtagen und Bundestag offen, um ihre Regierungen zu kontrollieren und rechtzeitig auf europäische Politik Einfluss zu nehmen? Gibt es Beispiele guter Praxis aus anderen EU-Mitgliedstaaten? Und nicht zuletzt: Ist Europa hinreichend demokratisch legitimiert, wenn Parlamente ihre genuinen Funktionen nur eingeschränkt wahrnehmen können?

Die genannten Aspekte werden auf Grundlage neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen und aktueller Dokumente untersucht. Das Kolloquium verbindet rechtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Perspektiven und wird von Vertretern von Praxis und Wissenschaft gemeinsam durchgeführt (Direktorin des Landtags Thüringen, Direktor des Bundestags a.D., Lehrstuhlinhaberin Politikwissenschaft).

Dr. Birgit Eberbach-Born
Direktorin beim Thüringer
Landtag

Universitätsprofessorin
Dr. Sabine Kropp
Lehrstuhl für
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Wolfgang Zeh
Bundestagsdirektor a.D.

Postfach 14 09 · 67324 Speyer
Freiherr-vom-Stein-Str. 2 · 67346 Speyer
Telefon: ++49(0)6232-654-367
Sekretariat:++49(0)6232-654-333
Telefax: ++49(0)6232-654-131
E-Mail: kropp@dhv-speyer.de
Web: <http://www.dhv-speyer.de/kropp>

Organisatorische Hinweise

Zur begleitenden Lektüre werden die in Downloadbereich (<http://www.dhv-speyer.de/Kropp/Lehrangebot.htm>) eingestellten Unterlagen empfohlen. Dort finden Sie auch die ppt-Präsentationen, die im Laufe des Seminars angefertigt werden, ebenso weitere Texte zur begleitenden Lektüre.

Die Veranstaltung wendet sich an Hörerinnen und Hörer aller Fachrichtungen. Gasthörer sind willkommen.

Das Kolloquium soll auch dazu dienen, Präsentationstechniken einzuüben, d.h. die Referentinnen und Referenten sollten sich um eine knappe, präzise und verständliche Aufbereitung der in den Sitzungen zu behandelnden Sachverhalte bemühen, um allen anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine produktive Auseinandersetzung mit den Inhalten zu ermöglichen. Bitte keine Endlosreferate!

Referate: Bitte senden Sie uns bis spätestens drei Tage vor Ihrem Referat die ppt-Präsentation bzw. andere von Ihnen erstellte Unterlagen zu. Kommen Sie bitte rechtzeitig mit einem Gliederungsvorschlag zur Beratung in die Sprechstunde oder nehmen Sie per E-Mail Kontakt mit uns auf.

Bitte erscheinen Sie vollständig zur ersten Sitzung am **24. November!** Dort werden für die nachfolgenden Blocksitzungen Themen und Unterlagen ausgegeben sowie Arbeitsgruppen zusammengestellt.

Leistungsanforderungen im Seminar

Voraussetzungen für die Teilnahme am Kolloquium sind ein mündliches Referat von 20 bis max. 30 Minuten bzw. eine andere mündliche Leistung (Arbeitsgruppenbericht, Podiumsdiskussion, Moderation etc.) sowie die regelmäßige und aktive Teilnahme an der Diskussion. Als Grundlage für die gemeinsame Diskussion dient die Lektüre von Texten bzw. von Dokumenten, die online eingestellt werden.

E-Mail-Adressen:

Dr. Birgit Eberbach-Born: direktorin@landtag-thueringen.de

Prof. Dr. Sabine Kropp: kropp@dhv-speyer.de, ls-kropp@dhv-speyer.de

Prof. Dr. Wolfgang Zeh: cowo.zeh@gmx.de

Programm

24.11.2011

Einführung / Referatsvergabe

(Kropp)

01.12.2011

Block I: **Parlamentarische Kontrolle: Begriffe, Konzepte, Erscheinungsformen**

(Zeh)

- (1) Kontrolle der Regierung durch parlamentarische Minderheitsrechte
(Fragerechte, Mitwirkung an der Tagesordnung, Zitierrechte)
- (2) Ausschüsse und Gremien des Bundestages mit Kontrollfunktionen
(Haushalt, Nachrichtendienste, Untersuchungsausschuss)
- (3) Parlamentarische Kontrolle im Aufgabenspektrum des Parlaments
(Verhältnis zu Kreationsaufgaben, Gesetzgebung, Öffentlichkeitsfunktion)
(GG und GOBT; Zeh in Isensee /Kirchhof 2005, hier §§ 52 und 53)

Block II: **Die Europäisierung parlamentarischer Kontrolle: Ergebnisse vergleichender Studien**

(Kropp)

- (1) Parlamentarische Kontrolle in der EU: Warum sind Ressourcen zugunsten der Regierungen umverteilt worden?
(Moravcsik 1997)
- (2) Wie intensiv ist die Kontrolle der Mitgliedstaaten? – Eine Übersicht über die institutionelle Umsetzung parlamentarischer Kontrolle in der EU-15
(Raunio 2005, 2011)
- (3) „Best practices“ – welche Parlamente sind erfolgreich und welche Lehren lassen sich ziehen? Das dänische und österreichische Modell
(Laursen 2005; Pollack/Slominski 2009; Sousa Moller 2008)

08.12.2011

Block III: **Der Deutsche Bundestag**

(Zeh/Kropp)

- (1) Entwicklung parlamentarischer Kontrolle in Fragen der EU – ein Überblick
(Sturm/Pehle 2005)

- (2) Die Rolle des EU-Ausschusses sowie der Fachausschüsse im System parlamentarischer Kontrolle
(Dokumente)
- (3) Informelle Strategien der Informationsgewinnung und Kontrolle im Mehrebenensystem der EU
(Auel 2006; Kropp 2010)
- (4) Das Brüsseler Büro des Bundestags und seine Arbeitsweise
(Vollrath 2011; Demuth 2009 - Textauszug)
- (5) Subsidiaritätskontrolle und Integrationsverantwortungsgesetz: Konzept, Probleme, Perspektiven
(Dokumente)

12.01.2012

Block IV: Die Landtage
(Eberbach-Born)

- (1) Die „Veredelung von Information zu Wissen“ und der Wettlauf mit der Zeit. Unterrichtungspflichten der Landesregierungen gegenüber ihren Parlamenten in Verfassung, Gesetz und Vereinbarung
(Kluth 2010; Storr 2005; Dokumente)
- (2) Verantwortung der Landtage für die europäische Integration? Darf das Landesparlament der Landesregierung Weisungen für ihr Stimmverhalten im Bundesrat erteilen?
(Papier 2010; Wittreck 2011)
- (3) Subsidiaritätskontrolle in den Landtagen anhand praktischer Beispiele; Verfahren, Organisation, Vernetzung
(Länderdokumente zur EU-Beteiligung)

Block V: Parlamentarische Demokratie und Europäischen Union: zwischen Frust und Hoffnung
(alle)

Stichworte für die Diskussion

- „Herrschaft von anonymen Büros und Computern“? „Monster aus Bürokraten“?
(Enzensberger 2011)
- Gewaltenteilung in der EU? Transparenz?
- Legitimationsmodelle?
(Komorowski 2010; Mross 2010)
- Aussagen der Urteile des BVerfG zum Lissabonvertrag und zum Euro-Rettungsschirm?
(BVerfGE 123, 267 ff.; BVerfG EuGRZ 2011, 525 ff.)
- Direktdemokratische Elemente als Ergänzung parlamentarischer Demokratie?
(Guckelberger 2010)

Dokumente

Europäische Union

- Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl., 2010/C 83/01, 30.03.2010 (Auszug: Art. 4–15, EUV) [<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:FULL:DE:PDF>]
 - Protokoll (Nr. 1) „Über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU“ (C 83/203)
 - Protokoll (Nr. 2) „Über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ (C 83/206)
- Europäische Kommission (2010): Jahresbericht 2009 über die Beziehungen zwischen der Europäischen Kommission und den nationalen Parlamenten. Brüssel, KOM(2010) 291 endg., 2. Juni.
- Brief von EU-Kommissionspräsident Barroso an die Präsidenten der 40 Kammern der nationalen Parlamente der EU bezüglich der neuen Bestimmungen, die der Vertrag von Lissabon im Hinblick auf die nationalen Parlamente vorsieht (01.12.2009)

Bundesebene

- BVerfGE 8, 105 ff.
- BVerfGE 123, 267 ff.; BVerfG EuGRZ 2011, 525ff.
- Grundgesetz, insb. Art. 23
- §45, Schmidt-Bleibtreu, Bruno/Hofmann, Hans/Hopfauf, Axel. 2011. Kommentar zum Grundgesetz, Köln: Carl Heymanns, 12. Auflage, S. 1051–1064.
- Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GOBT)
- Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union, (Integrationsverantwortungsgesetz IntVG), Stand 01.12.2009.
- Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG), Stand 22.09.2009.
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG), Stand 22.09.2009.
- Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages hier: Änderungen im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon, Ds. 17/2394, 05.07.2010, Beschluss: 08.07.2010.
- Beschluss des Bundesrates: Vorschlag über eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Einlagensicherungssysteme (Neufassung) KOM(2010) 368 endg., Ds. 437/10(B), 24.09.2010.

Länderebene

- Abels, Gabriele (2010): Integrationsverantwortung wahrnehmen – Mitwirkungsrechte ausgestalten, Stellungnahme für die Öffentliche Anhörung des Europaausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, 03.03.2010.
- EntschlieÙung der Konferenz der Präsidenten und Präsidentinnen der deutschen Landesparlamente: „Beteiligung der Landesparlamente bei der Wahrnehmung der Integrationsverantwortung der Länder“, Thüringer Landtag, Ds. 4/5472, 24.08.2009.
- Stuttgarter Erklärung der Präsidenten und Präsidentinnen der deutschen Landesparlamente: „Demokratische Willensbildung auf der europäischen und der bundesstaatlichen Ebene legitimieren; Einwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten der deutschen Landesparlamente stärken“ Stuttgart 21./22.06.2010, Thüringer Landtag, Ds. 5/1150, 22.06.2010.
- „Wolfsburger Erklärung der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Tiroler Landtags“, Wolfsburg, 07.06.2011, Thüringer Landtag, Ds. 5/2872, 07.06.2011.
- Länderdokumente zur EU-Beteiligung

Literatur

- Abels, Gabriele. 2011. Wandel oder Kontinuität? Europapolitische Reformen der deutschen Landesparlamente in der Post-Lissabon-Phase. In Abels, Gabriele u. Annegret Eppler (Hrsg.). Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktionen von Parlamenten im europäischen Integrationsprozess. Baden-Baden: Nomos, i.E.
- Auel, Katrin. 2006. The Europeanisation of the German Bundestag: Institutional Change and Informal Adaptation, *German Politics*, 15. Jg., Nr. 3, S. 249-268.
- Buzogány, Aron/Stuchlik, Andrej. 2011. Paved with Good Intentions: Ambiguities of Empowering Parliaments after Lisbon. FÖV Discussion Paper 66.
- Enzensberger, Hans-Magnus. 2011. Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Sonderdruck Edition Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Eppler, Annegret. 2011. Vertikal und horizontal, bi- und multilateral: Interparlamentarische Beziehungen in EU-Angelegenheiten. In Abels, Gabriele u. Annegret Eppler (Hrsg.). Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktionen von Parlamenten im europäischen Integrationsprozess, Baden-Baden: Nomos, i.E.
- Demuth, Christian. 2009. Der Bundestag als lernende Institution. Eine evolutionstheoretische Analyse der Lern- und Anpassungsprozesse des Bundestages, insbesondere an die Europäische Integration, Baden-Baden: Nomos.
- Glauben, Paul, J./Edinger, Florian. 1995. Parlamentarisches Fragerecht in den Landesparlamenten, *DÖV-Die Öffentliche Verwaltung*, 48. Jg., Heft 22, S. 941-949.
- Guckelberger, Annette. 2010. Die Europäische Bürgerinitiative, *DÖV-Die Öffentliche Verwaltung*, 63. Jg., Heft 18, S. 745-754.
- Hüller, Thorsten. 2010. Demokratie und Sozialregulierung in Europa, Die Online-Konsultationen der EU-Kommission, Frankfurt/New York: Campus. (Auszüge, S. 11-25; 27-46; 60-62; 82-96; 105-107)
- Isensee, Josef/Kirchhof, Paul. 2005. Handbuch des Staatsrechts. Band III: Demokratie – Bundesorgane, §§ 52 und 53, „Gliederung und Organe des Bundestages“ und „Parlamentarisches Verfahren“ (beide Wolfgang Zeh), München: C.F. Müller, 3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage.
- Kluth, Winfried. 2010. Die Integrationsverantwortung der Landesparlamente, *LKV-Landes- und Kommunalverwaltung*, 19. Jg., Heft 7, S. 302-306.
- Komorowski von, Alexis. 2010. Demokratieprinzip und Europäische Union, Staatsverfassungsrechtliche Anforderungen an die demokratische Legitimation der EG-Normensetzung, Berlin: Duncker & Humblot. (Auszüge, S. 51-71; 88-98; 166-178)
- Kropp, Sabine. 2010. German Parliamentary Party Groups in Europeanised Policymaking. Awakening from the Sleep? Institutions and Heuristics as MPs' Resources, *German Politics* 19 Jg., Nr. 2, S. 123-147.
- Laufer, Heinz/Münch, Ursula. 2010. Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München, 8. Auflage.
- Laursen, Finn. 2005. The Role of National Parliamentary Committees in European Scrutiny: Reflections based on the Danish case, *Journal of Legislative Studies*, 11. Jg., Nr. 3/4, S. 412-427.
- Lennartz, Jürgen/Kiefer, Günter. 2006. Parlamentarische Anfragen im Spannungsfeld von Regierungskontrolle und Geheimhaltungsinteressen, *DÖV-Die Öffentliche Verwaltung*, Jg. 59, Heft 5, S. 185-194.
- Moravcsik, Andrew. 1997. Warum die Europäische Union die Exekutive stärkt: Innenpolitik und internationale Kooperation. In: Wolf, Klaus Dieter/Abromeit, Heidrun (Hg.): Projekt Europa im Übergang. Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos, S. 211-269.
- Mross, Oliver. 2010. Bürgerbeteiligung am Rechtsetzungsprozess in der Europäischen Union, Ein Beitrag zur Stärkung der demokratischen Legitimation? Berlin: Duncker & Humblot. (Auszüge, S. 20-45: 278-287)
- Papier, Hans-Jürgen. 2010. Zur Verantwortung der Landtage für die europäische Integration. *ZParl-Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 41. Jg., Heft 4, S. 903-908.
- Platter, Julia. 2005. Das Frage- und Informationsrecht des Abgeordneten in den neuen Ländern, *LKV--*

- Landes- und Kommunalverwaltung, 14. Jg., Heft 3, S. 99-102.
- Pollak, Johannes/Slominski, Peter. 2009. Zwischen De- und Reparlamentarisierung – Der österreichische Nationalrat und seine Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. *ÖZP-Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 38 Jg., Nr. 2, S. 193-212.
- Raunio, Tapio. 2005. Holding Governments Accountable in European Affairs: Explaining Cross-National Variation, *Journal of Legislative Studies*, 11. Jg., Nr. 3/4, S. 319-342.
- Raunio, Tapio. 2011. The Gatekeepers of European Integration? The Functions of National Parliaments in the EU Political System, *Journal of European Integration*, 33 Jg., Nr. 3, S. 303-321.
- Rohleder, Kirstin. 2011. Die Beteiligung des Deutschen Bundestages an der Europäischen Rechtsetzung in Theorie und Praxis, *ZG-Zeitschrift für Gesetzgebung*, 26. Jg. Nr. 2, S. 105-122.
- Schneider, Hans-Peter. 2011. Die „Länderkammer“ im Wandel der Zeiten, in: Jun, Uwe/Leunig, Sven (Hrsg.), 60 Jahre Bundesrat, Tagungsband zum Symposium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena vom 12. bis 14. Oktober 2009, Baden-Baden: Nomos, S. 17-29.
- Schwarz, Kyrrill-A. 1998. Die Beantwortung parlamentarischer Anfragen nach dem Grundgesetz und neueren Landesverfassungen, Grundlagen, Inhalt und Grenzen eines Rechtsinstituts, *LKV-Landes- und Kommunalverwaltung*, 7. Jg., Heft 7, S. 262-264.
- Sousa Moller, Maja. 2008. Learning in Denmark? The Case of Danish Parliamentary Control over European Union Policy, *Scandinavian Political Studies*, 31. Jg., Nr. 4, S. 428-447.
- Storr, Stefan. 2005. Die Pflicht der Landesregierung zur Unterrichtung der Landtage in Parlamentarischen Regierungssystemen, *ZG-Zeitschrift für Gesetzgebung*, 20. Jg., Heft 1, S. 45-65
- Sturm, Roland/Pehle, Heinrich. 2005. Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage.
- Uerpmann-Witzack, Robert. 2009. Frühwarnsystem und Subsidiaritätsklage im deutschen Verfassungssystem. *EuGRZ*, 35. Jg., Heft 17-20, S. 461-468.
- Vollrath, Sven. 2011. Herausforderungen bei der Umsetzung der neuen Rechte nach dem Vertrag von Lissabon durch den Deutschen Bundestag und die Begleitgesetzgebung. In Abels, Gabriele u. Annegret Eppler (Hrsg.). *Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktionen von Parlamenten im europäischen Integrationsprozess*. Baden-Baden: Nomos, i.E.
- Weber, Albrecht. 2011. Europäisches Parlament und Nationale Parlamente im Europäischen Rechtssetzungsverbund, *DÖV- Die Öffentliche Verwaltung*, 64. Jg., Heft 13, S. 497-505.
- Wiegand, Marc André/Zabel, Benno. 2011. Der demokratische Verfassungsstaat zwischen Ideal und Wirklichkeit – Anmerkungen zum Freiheitsverständnis der Moderne, *Der Staat*, 50. Jg., Heft 1, S. 73-101.
- Wittreck, Fabian. 2011. Wächter wider Willen, Probleme der Beteiligung von Parlamenten am europäischen Integrationsprozess auf Bundes- und Landesebene, *ZG-Zeitschrift für Gesetzgebung*, 26. Jg., Heft 2, S. 122-135.
- Zeh, Wolfgang 2007. Verfassungsrechtliche und politische Organisation des Deutschen Bundestages, in: Andersen, Uwe (Hrsg.). *Der Deutsche Bundestag. Zentrum des parlamentarischen Regierungssystems*. Schwalbach: Wochenschau, S. 46-74.